

E.III.16**DIE CHRISTLICHEN TEILNEHMER****DER LEITUNG DER ARBEITSGRUPPE 6
DES 10. DEUTSCHEN EVANGELISCHEN KIRCHENTAGES BERLIN 1961****Erklärung „Juden und Christen“ vom 22. Juli 1961**

Mit der Gründung der Arbeitsgemeinschaft Juden und Christen beim Deutschen Evangelischen Kirchentag anlässlich des Kirchentages in Berlin 1961 beginnt eine neue Etappe in der theologischen Arbeit an den Fragen des Verhältnisses von Juden und Christen, weil jetzt zum ersten Mal ein Gremium besteht, das sich kontinuierlich mit diesen Problemen beschäftigt und in dem auch Juden gleichberechtigt mitarbeiten. In der Erklärung der christlichen Mitglieder wird vor allem die unlösbare Verbundenheit von Juden und Christen betont, die christliche Judenfeindschaft als eine der Hauptursachen der Judenverfolgung bezeichnet und schließlich von der „Einsicht“ gesprochen, „daß Juden und Christen gemeinsam aus der Treue Gottes leben“. Von hier aus sind deutliche Impulse auf die Arbeit der Studienkommission „Kirche und Judentum“ (→ E.III.19), auf die rheinische Synode (→ E.III.29) und auf andere Gremien ausgegangen.

Juden und Christen sind unlösbar verbunden. Aus der Leugnung dieser Zusammengehörigkeit entstand die Judenfeindschaft in der Christenheit. Sie wurde zu einer Hauptursache der Judenverfolgung. Jesus von Nazareth wird verraten, wenn Glieder des jüdischen Volkes, in dem er zur Welt kam, als Juden mißachtet werden. Jede Form von Judenfeindschaft ist Gottlosigkeit und führt zur Selbstvernichtung. Der gegenwärtig in Jerusalem stattfindende Prozeß geht uns alle an. Wir evangelischen Christen in Deutschland erkennen, daß wir darin schuldhaft verwickelt sind. Im Zeichen des Umdenkens und der Umkehr bitten wir die deutsche Öffentlichkeit, für folgendes einzutreten:

1. Eltern und Erzieher sollten gegenüber der jungen Generation das Schweigen brechen, eigenes Versagen eingestehen und die Ursprünge der Verbrechen ans Licht bringen, damit wir gemeinsam lernen, unsere Gegenwart zu bestehen. In der gegenwärtigen weltpolitischen Lage bedroht das Abschieben eigenen Versagens auf andere nicht nur eine bestimmte Menschengruppe, sondern alles Leben.
2. Die Unmenschlichkeit zwangsläufiger Befehlssysteme und die Berufung auf den sog. Befehlsnotstand müssen uns vor den unmenschlichen Möglichkeiten moderner Gesellschafts- und Staatsorganisationen warnen. Wir müssen bereit sein, eigene politische Verantwortung auch unter Risiko wahrzunehmen. Personen, die an der Vorbereitung und Durchführung von Verfolgungen beteiligt waren, sollten aus führenden Ämtern ausscheiden.
3. Wo Juden unter uns leben, sind wir verpflichtet, ihr Leben und Wohlergehen nach bestem Vermögen zu fördern. Auch muß von uns Deutschen alles getan werden, was dem Aufbau und dem Frieden des Staates Israel und seiner arabischen

Nachbarn dient. Wir wünschen, daß Entschädigungsverfahren gegenüber ehemals „Rasseverfolgten“ mit besonderer Dringlichkeit und Großzügigkeit aufgenommen bzw. beendet werden. Der materiellen Entschädigung muß aber auch eine neue Gesinnung entsprechen. In Deutschland ist die sog. Judenfrage heute vor allem eine Frage nach der Zukunft der Deutschen.

4. Gegenüber der falschen, in der Kirche jahrhundertlang verbreiteten Behauptung, Gott habe das Volk der Juden verworfen, besinnen wir uns neu auf das Apostelwort: „Gott hat sein Volk nicht verstoßen, das er zuvor ersehen hat“ (Röm 11,2). Eine neue Begegnung mit dem von Gott erwählten Volk wird die Einsicht bestätigen oder neu erwecken, daß Juden und Christen gemeinsam aus der Treue Gottes leben, daß sie ihn preisen und ihm im Lichte der biblischen Hoffnung überall unter den Menschen dienen.

Wortlaut in: Deutscher Evangelischer Kirchentag Berlin 1961. Dokumente, Stuttgart 1961, 487.

E.III.17

RAT

DER EVANGELISCHEN KIRCHE IN DEUTSCHLAND

Aufruf anlässlich des 25. Jahrestages des 9. November 1938 vom 9. November 1963

Am 9. November 1963, an dem sich die Ausschreitungen der „Kristallnacht“ zum 25. Male jährten, verlas der Ratsvorsitzende, Präses Scharf, in Dachau den von allen zwölf Mitgliedern des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland unterzeichneten „Aufruf an alle evangelischen Christen in Deutschland und den benachbarten Ländern“.

Heute vor 25 Jahren wurden in unseren Städten die jüdischen Gotteshäuser niedergebrannt. Das war zugleich das Signal zur Vernichtung unserer jüdischen Mitmenschen. Schon vorher waren sie geächtet und verfolgt worden. Mit ihnen wurden viele andere in Gefängnisse und Konzentrationslager gebracht. Vom Nationalsozialismus war gegen Unzählige Haß gesät worden, die einer anderen Partei, Rasse oder Nation angehörten. Nun war die Saat gereift und trug immer furchtbarere Früchte.

Wir gedenken hier in Dachau am 9. November 1963 aller Opfer des Nationalsozialismus, vor allem der Juden und Christen, der Widerstandskämpfer und politischen Gegner der Gewaltherrschaft in unserem Volk und in anderen Völkern, der Fremdarbeiter und Kranken.

Wir gedenken aller Menschen, die um diese Toten Leid tragen.

Wir beugen uns unter Gottes Gericht über die Frevel der Menschenverachtung und Unmenschlichkeit. Ehe wir von unserer Not reden, von Flucht, Hunger, Gewalt, Zertrennung oder Unrecht, müssen und wollen wir von unserer Schuld sprechen.